

Bachelor, Master, Akkreditierung...: Ausweg aus der Bildungskrise oder politische Spinnerei?

Dietz, P.

Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit und begleitet von neuen politischen Ideen in nationalem Rahmen findet zur Zeit eine tiefgreifende Veränderung des deutschen Hochschulwesens statt. Dies hat Auswirkungen auch auf die Ingenieurwissenschaften und auch auf die Struktur unserer alma mater. Als Mitglied des Deutschen Akkreditierungsrates verfüge ich zur Zeit über Erfahrungen, deren Veröffentlichung im Kreise unserer Freunde mir schon seelisch ein besonderes Anliegen ist. Angesichts der zur Zeit so reichhaltigen „Enthüllungsliteratur“ in Sport, Königshäusern usw. und angesichts der zum Teil unglaublichen Vorgänge im Bildungswesen schwöre ich, dass ich hier „nichts als die reine Wahrheit“ verkünde.

In the context of the European co-operation and accompanied of new political ideas within national framework at present a profound change of the German university nature takes place. This has effects on the engineering sciences as well as on the structure of our university.

1 Politische Entwicklung und gegenwärtiger Stand

Die politische Meinung um die Ausbildung ist seit etwa 6 Jahren durch eine Reihe von Vorurteilen und Kapriolen geprägt, von denen ich hier nur einige Statements ausführen möchte:

- „Die Bundesregierung sah mit Besorgnis einen Rückgang der Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende im Vergleich zu den Hauptkonkurrenten (USA, Australien, England und Frankreich) (BMBF 1997). Angeblich
 - ist das deutsche Diplom im Ausland nicht bekannt,
 - erlaubt das Fehlen einer Konsekutivstruktur es ausländischen Studienbewerbern nicht, nach ihrem ersten Abschluss im Ausland einen zweiten Abschnitt (nicht Promotion sondern Diplom) in Deutschland zu machen.“
- „Die relativ lange Studiendauer von 6,7 Jahren (Durchschnittswert nach BMFT, 1997) schreckt

auch Deutsche vor dem Studieren ebenso ab wie die verkrusteten Lehrstrukturen und das Fehlen eines echten Wettbewerbs mit innovativen Angeboten. Das System verhindert die Mobilität der Studierenden.“

- „Die Rahmenprüfungsordnungen sind als Instrument der Qualitätssicherung an Hochschulen ungeeignet und stellen ebenfalls wie die Kapazitätsverordnung und die Curricularwerte überkommene staatliche Regelungen dar, die den Entwicklungsprozess der Hochschulen behindern.“

Man kann über diese Statements nachdenken und die Gründe hierfür suchen. Sicherlich ist die „demokratisch geprägte Verstaatlichung“ als Folge der 68er und die daraus abzuleitenden nahezu unbeweglichen Gremienstrukturen ein wichtiger Grund für diese Entwicklung – schließlich konnten sich Dank dieser Strukturen auch die Wissenschaftsministerien entsprechend aufblähen. Warum aber Deutschland von seinem einphasigen Studiengang des Diploms (mit dem wir in der Vergangenheit unseren weltweiten wissenschaftlichen Ruhm begründet haben und den es in den meisten europäischen Ländern in ähnlicher Weise gibt) abweichen soll zugunsten eines historisch nur in England (und seinen ehemaligen Kolonien wie z.B. USA, Australien, Kanada, Indien ...) vorhandenen Systems, kann durchaus kritisch diskutiert werden. Auch der Wettbewerb um die Studenten hat – im Gegensatz zu Deutschland – in anderen Ländern durchaus eine Grund: Es ist der Wettbewerb um Studiengebühren, der in ausländischen Hochschulen zum Teil nichts mit Qualitätssicherung zu tun hat.

Wir sind uns auch darüber einig, dass Überlegungen zur Studienreform insbesondere in den Ingenieurwissenschaften hier in Deutschland begleitet werden von dem besonderen Verhältnis der Hochschultypen: Die Fachhochschulen drängen mit allen Mitteln in die Gleichberechtigung zu den Universitäten und erzielen damit auch zunehmend Erfolge. Ob das „(FH)“ bei der Titelvergabe einfach weggelassen wird, ob sie sich „University of Applied

Sciences“ nennen, ob sie mit ausländischen Universitäten fragwürdige Franchise-Kooperationen eingehen oder ob sie hohe Ministerialbeamte zu Honorarprofessoren machen, sie nerven einfach und ergreifen auch die Anlässe zur Überlegung neuer Studienstrukturen zur Einbringung ihrer Gleichwertigkeitsbestrebungen.

Bei all dieser Diskutiererei – die im Übrigen in der Kulturministerkonferenz seit 1997 in gleicher Weise geführt wurde - dürfen wir aber eine durchschlagende Tatsache nicht vergessen: Nach der Sorbonne-Erklärung 1998 unterzeichneten 29 europäische Länder (mittlerweile sogar 32) 1999 in Bologna eine Erklärung zur Harmonisierung der Hochschulausbildung in Europa, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität europäischer Hochschulen mit Ziel 2010 ausgerichtet ist. Die darin festgelegten Grundlagen

- System leichtverständlicher und vergleichbarer Abschlüsse
- Unterteilung in
 - Zyklus bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss mit der Abschlussbezeichnung *Bachelor* (undergraduate)
 - Zyklus nach dem ersten Abschluss bis zum zweiten berufsqualifizierenden Abschluss mit der Abschlussbezeichnung *Master* (graduate)
 - (Die Einordnung des Promotionsstudiums (postgraduate) wurde zwar erwähnt aber eigentlich hiervon nicht berührt.)

sind eine politische Entscheidung, an der auch in den zur Zeit besonders in den Fakultätentagen laufenden endlosen Grundsatzdiskussionen nicht mehr zu rütteln ist.

Gleichzeitig bzw. seit 1998 lief in Deutschland ein Prozess der „Entstaatlichisierung“ ab, d.h. die politisch gewollte Abgabe der Ausbildungsverantwortung von staatlicher Seite über die Rahmenprüfungsordnung an die Hochschulen selbst, die sich nun einer neuen Art der Qualitätssicherung zu unterwerfen haben, nämlich der Akkreditierung durch privatwirtschaftliche Agenturen. Da in Deutschland die Bildung Ländersache ist, musste eine bundesweite Regelung über die Kultusministerkonferenz herbeigeführt werden, die in einem Beschluss vom 5.3.1999 folgendes festlegte (stichwortartig und unvollständig):

- Abkehr von der institutionellen Differenzierung nach dem Hochschultyp (Universität versus Fachhochschule) zugunsten einer Differenzierung nach Studiengangprofilen
 - stärker anwendungsorientiert
 - stärker forschungs- (oder theorie-)orientiert.

Der Unterschied der Hochschultypen wurde mit dem politischen Schlagwort „gleichwertig aber nicht gleichartig“ hinweggewischt.

- Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen des zweiphasigen Studiengangs (Bachelor und Master wegen der Harmonisierung in Europa) müssen
 - der materiell-inhaltlichen Ausrichtung Rechnung tragen und
 - wegen der Transparenz und Übersichtlichkeit eine möglichst geringe Anzahl von Namen aufweisen.

Mittlerweile gibt es hier die Entscheidung der KMK, nur noch (egal, von welcher Hochschule man kommt) folgende Gradbezeichnungen zuzulassen:

- Bachelor/Master of Arts
- Bachelor/Master of Science
- Bachelor/Master of Engineering
- Bachelor/Master of Law
- Bachelor/Master of Economy
- Bachelor/Master of Business Administration
- Die Zulassung von Studiengängen ist an eine erfolgreiche Akkreditierung zu knüpfen, die von den Hochschulen beantragt und von einer akkreditierten Akkreditierungsagentur durchgeführt wird. Der Staat prüft nur noch, ob er einen solchen Studiengang bezahlen kann.

2 Akkreditierungsverfahren und Überwachung

Der Gedanke einer Akkreditierung geht von der an sich richtigen Einstellung aus, dass der Staat nicht gleichzeitig finanzieller Träger der Hochschulen und gleichzeitig ihr fachlicher Evaluator sein kann. Dies ist sicher auch konform mit den z.B. im neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz festgelegten Grundsätzen der Autonomie von Hochschulen, die sich mit Hilfe von Hochschulräten, Stiftungseigenschaften, Zielvereinbarungen und neuen Leitungsstrukturen ihr Schicksal bis hin zum Bankrott selbst gestalten können – von den von unserem Wissenschaftsminister angestrebten

Finanzierungsmodellen über Studiengebühren mal ganz abgesehen.

Das Akkreditierungsverfahren stellt die Erfüllung von Mindeststandards für einen Studiengang fest. Damit beginnen eigentlich schon die Zweifel an der Wirksamkeit. Worin unterscheidet sich denn eine gute Universität von einer schlechten Fachhochschule (oder eine schlechte Universität von einer guten Fachhochschule – jajajajajaja!). Wenn die Latte auf diese Weise so nahe am Boden liegt, kann doch jeder drüberspringen. Hinzu kommt die

höher aufgehängte „Latte“ einzuführen, an deren Überwindung sich dann nur wenige Hochschulen wagen - mit dem Ziel, eine fachliche Elite zu bilden. Aber das dauert sicherlich noch!

Das nächste Problem sind die auf der Basis wirtschaftlich selbständiger Unternehmen basierenden Akkreditierungsagenturen und ihr Arbeitsauftrag. Es gibt dabei regionale wie die ZEVA (Zentrale Evaluationsagentur) in Niedersachsen oder fachlich ausgerichtete wie die ASII (Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und der Informatik), insgesamt zur Zeit 6 Stück. Bei einer Gesamtzahl von ca. 10.000 Studiengängen in Deutschland, die alle auf eine Akkreditierung und den Übergang in ein B/M-Studium warten, ist das eine schier nicht bewältigbare Aufgabe (bisher nehmen nur 1,1% der Studierenden an den neuen Studiengängen teil), vor allem wenn man das komplizierte Verfahren der Akkreditierung, wie es in **Bild 1** dargestellt ist, qualifiziert durchführen will. Übrigens – nach den üblichen Verfahren der Qualitätssicherung gilt die Akkreditierung nur über eine gewisse Zeit – nach fünf Jahren muss reakkreditiert werden. **Bild 2** zeigt die komplexe Struktur einer Akkreditierungsagentur und die Entscheidungsverläufe - ich bezweifle danach auch, dass man in Deutschland die Fachausschüsse, Kommissionsmitglieder und Gutachtergruppen (Peers) zu diesen nervtötenden Evaluierungsprozeduren zusammenbekommt (wäre vielleicht was für geschasste Industrielle oder emeritierte Professoren?). Und wenn man bedenkt, dass ein Verfahren etwa 15.000 € kostet, dann kann man sich die Menge des Geldes ausrechnen, die von den Hochschulen aus ihrem Etat allein für die Akkreditierung ihrer Studiengänge aufgebracht werden muss. An eine Erhöhung des Hochschuletats seitens der Ministerien wegen Akkreditierung glaube ich nicht.

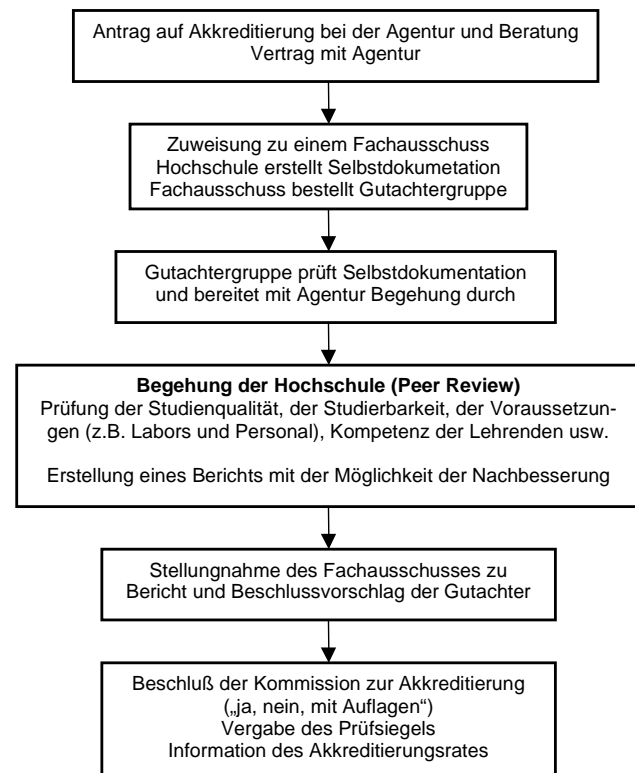


Bild 1: Verfahrensablauf bei der Akkreditierung

Erfahrung aus den bisherigen Akkreditierungsverfahren, dass eigentlich noch keinem Studiengang bisher die Akkreditierung verweigert wurde und höchstens retardierende Momente mit eventuellen Auflagen erzeugt wurden. Es gibt allerdings Bestrebungen, eine zweite, etwas

Wer überwacht nun die Qualität der Agenturen, bei denen natürlich die Gefahr besteht, dass die beiden Argumente „Umsatzsteigerung“ und „Qualität der Akkreditierung“ nicht immer konform gehen. Sicher wird es da Unterschiede geben – die gibt es schon heute -, so dass man sich bei der Qualität einer Hochschule auch nach der Qualität der Agentur fragt, die sie akkreditiert...

Aber da haben wir grundsätzlich den *Akkreditierungsrat*, eine bereits 1998

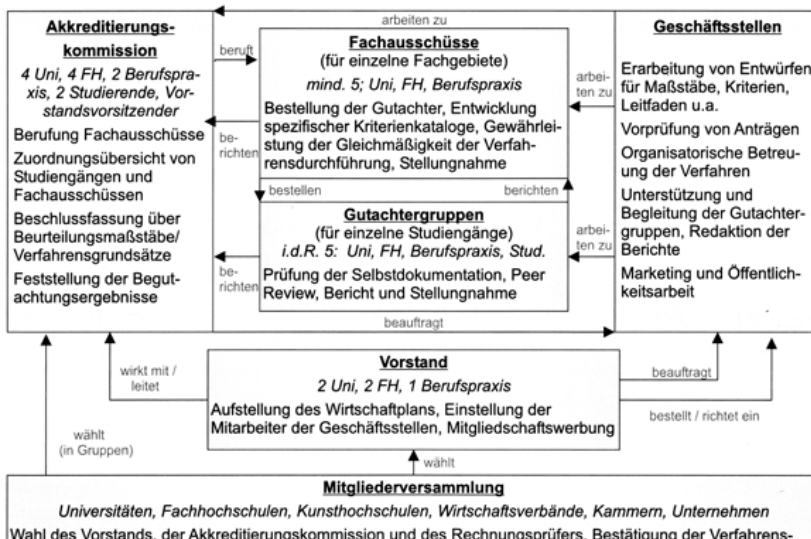


Bild 2: Struktur einer

probeweise eingeführte und jetzt dauerhaft bestätigte Institution von ehrenamtlich tätigen Persönlichkeiten aus Hochschulen (5 einschl. Vorsitzenden), Politik (2), Wirtschaft (2), Gewerkschaft (2) und Studierenden (2).

Der Akkreditierungsrat, der nunmehr der Kultusministerkonferenz direkt berichtet (früher der Hochschulrektorenkonferenz) hat die Aufgabe, die Anforderungen an die Akkreditierung von Studiengängen und die Anforderungen an die Akkreditierung von Akkreditierungsagenturen bundesweit festzulegen und zu überwachen (bis 2002 hat er auch selbst Studiengänge akkreditiert – sozusagen als Testfeld). Für beides sind Grundsätze und Verfahrensregeln in einem 2000 erschienen Referenzrahmen erstellt worden, alle Agenturen müssen die festgelegten Bedingungen zur Genehmigung als Agentur erfüllen und ihre eigenen Vorgehensweisen nach dem Referenzrahmen richten. Es gibt Jahresberichte, Abstimmungen untereinander (z.B. Meldungen über durchgefallene Akkreditierungsversuche) und die exemplarische Begleitung von Akkreditierungsverfahren durch Mitglieder des Akkreditierungsrates. Der Akkreditierungsrat hat aber schon heute auch die Aufgabe, die aufkeimenden Probleme bei dem „Konkurrenzgebaren“ der Agenturen zu lösen, Streit zu schlichten, Beschwerden nachzugehen usw. Grundsätzlich klappt das aber an sich ganz gut, es ist nur für die „Ehrenamtlichen“ ein äußerst mühsames Geschäft und stellt hohe Anforderungen an Sorgfalt und Abwägung einschließlich der Verfassung von Evaluationsberichten – also so ziemlich genau das, von dem ein Ingenieur in seiner Freizeit träumt.

Aber es knirscht auch schon im Gebäck der Akkreditierung. Den Hochschulen ist das Verfahren natürlich zu langwierig und zu teuer. Schon werden Gedanken laut, dass die Akkreditierungsbürokratie die Genehmigungsbürokratie ablöst, schon gibt es Definitionen zu einem „virus accreditis“ oder die ersten Erscheinung einer „accreditation fatigue“ – was uns permanent über die Wirksamkeit und die möglichen Verbesserungen nachdenken lässt. Wir betrachten uns dabei als lernendes System.

3 Bachelor und Master

Viel interessanter als das Procedere der Anerkennung ist aber die grundsätzliche

Hinwendung zu einem neuen, von der Struktur unserer bisherigen Studiengänge völlig unterschiedlichen System, mit dem sich manche meiner Kollegen nicht befassen, weil sie glauben, dass man es vermeiden kann. Oh Ihr Ahnungslosen!!!

Natürlich hat der zweiphasige Studiengang Vorteile

- für die Industrie, die auf diese Weise jüngere (und damit billigere) Absolventen erhält ohne auf die älteren und besser ausgebildeten Master (=Diplomingenieur) zu verzichten,
- für die Studierenden selbst, die auch nach kürzerer Studienzeit ins Berufsleben gehen können und den zur Zeit herrschenden langen „Ausbildungsschlauch“ in zwei Etappen mit Zwischenentscheidung machen können,
- für die Politiker, die sich die Reform, die Internationalisierung und die größere Mobilität der Studierenden an die Fahne heften möchten und fest darauf vertrauen, dass damit die Studienzeiten sinken (auch hier gibt's offenbar Ahnungslose),
- und nicht zuletzt die Fachhochschulen, die das Vehikel wieder mal zur Pflege ihres Gleichstellungskomplexes nutzen.

Eine etwas qualifiziertere Darstellung über die

Faktor	FH	Uni	TU
Verbesserte nationale Wettbewerbsfähigkeit	3,0 (0,80)	2,7 (1,00)	2,5 (1,02)
Verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit	3,2 (0,88)	3,2 (0,91)	3,4 (0,63)
Förderung internationaler Studierendenmobilität	3,3 (0,87)	3,2 (0,88)	3,7 (0,46)
Reduktion der Abbrecherzahlen	2,0 (1,01)	2,8 (1,04)	2,3 (0,80)
Attraktion zusätzlicher Studierender	2,9 (0,76)	3,2 (0,94)	2,8 (1,26)
Attraktion speziell ausländischer Studierender	3,0 (1,02)	3,1 (0,82)	3,9 (0,35)
Nachfrageorientierte Diversifizierung und Flexibilisierung des Studienangebotes	2,9 (0,90)	3,2 (0,90)	3,1 (0,83)
Verkürzung der Studienzeiten	1,9 (0,85)	2,6 (1,12)	2,4 (0,63)
Chance zur Erneuerung der Studieninhalte und -methoden	2,9 (0,91)	3,2 (0,91)	3,1 (1,03)
Verstärkte Praxisorientierung	2,0 (0,84)	2,4 (0,79)	1,8 (0,80)
Verstärkte Forschungsorientierung	2,5 (0,96)	2,0 (0,83)	1,7 (0,73)
Stärkung der Interdisziplinarität	2,7 (1,03)	2,9 (0,85)	2,7 (0,98)
Mittelfristig Einnahmen aus Studiengebühren	2,0 (1,02)	1,5 (0,81)	1,4 (0,76)

Anmerkung: Der Mittelwert (die erste Zahl) weist auf die Bedeutung jedes Faktors hin (höhere Werte bedeuten größere Bedeutung), und die Standardabweichung (in Klammern) bezeichnet den Grad der Einigkeit unter den Teilnehmern (hohe Werte bezeichnen große Uneinigkeit). Nicht alle Teilnehmer haben sämtliche Fragen beantwortet, deshalb schwankt die Zahl der Antworten je Faktor.¹ Quelle: CHEPS/CHE Umfragedaten.

Tabelle 1: Mit der Einführung von B/M-Studiengängen verbundene Hoffnung der Hochschulen /1/

Erwartungen der Hochschulen an die neuen Studiengänge gibt **Tabelle 1** nach einer Befragung in 2002. Aber es gibt auch Kritik und Ressentiments. Wenn man mal von den an ihren bisherigen Strukturen klebenden reaktionären Hochschullehrerkollegen absieht, die die Abkehr von der „traditionsreichen und weltweit anerkannten“ deutschen Ausbildung bejammern und selbst bei formaler Anerkennung den bisherigen Wein nur in neue Schläuche abfüllen wollen, so herrscht eine verständliche Unsicherheit vor Inangriffnahme eines so einschneidenden Schrittes:

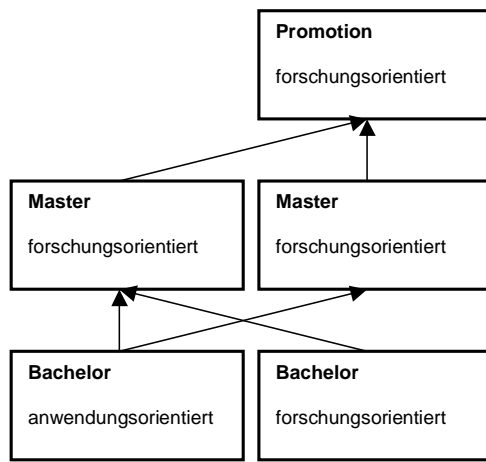
- Die Einführung des B/M-Systems bedeutet den Tod des Diplomstudienganges. Eine Parallelfahrt gibt es schon aus Kapazitätsgründen nicht oder nur für eine Übergangszeit. In der Tat haben sich die meisten Universitäten zu einer Einführung bei begrenzter Beibehaltung der alten Studiengänge entschlossen – dies lässt sich meines Erachtens nicht durchhalten!
- Noch hat die Industrie nicht zu erkennen gegeben, dass sie auch tatsächlich Bachelor einstellt. Die ersten Bachelor (oder die aus anderen Ländern) haben bisher keine Berufschancen, daher muss die zweite Etappe des Master auf jeden Fall als konsekutiver Studiengang offenstehen.
- Kann die Profilbildung (anwendungs- oder forschungsorientiert) überhaupt qualifiziert durchgeführt werden oder fallen wir durch die unterschiedlichen Interessen der Hochschulen und Hochschultypen in ein Chaos?
- Man befürchtet, dass die neue Struktur zur Aufgabe des Prinzips der Humboldt'schen akademischen Freiheit des Studierenden an den Universitäten zwingt und damit die Universitäten „verschulen“. Dies bedeutet auch die Aufgabe eines großen Vorteils deutscher Absolventen: Die Selbständigkeit und die Fähigkeit zur Selbstorganisation.
- In einigen Fachgebieten wird befürchtet, dass der Zwang zur Berufsfähigkeit schon nach drei Jahren den didaktischen Aufbau des Studiums unvorteilhaft verändert und vereinheitlicht.
- Aus den Erfahrungen mit internationalen Austauschprogrammen weiss man, dass die neuen Strukturen überhaupt nicht mobilitätsfördernd sind – zumindestens so, wie sie in anderen Ländern gehandhabt werden.

Können wir aus den Erfahrungen in anderen Ländern lernen? In einer europäischen Konferenz in Amsterdam im September kam heraus, dass jedes Land seine eigenes Süsschen mit unterschiedlichen Zutaten kocht. Die nordischen Länder haben meistens konsekutive Studiengänge, die nicht von einer Generalagentur überwacht werden. In Großbritannien herrscht das totale Chaos schon aus der geschichtlichen Entwicklung, jede Hochschule kann ihre Titel ohne Akkreditierung und Inspektionen vergeben, Wales, England, Irland und Schottland haben unterschiedliche Systeme und verständigen sich nur über einen „code of practice“ und „frameworks of qualification“ – wir können froh sein, dass wir geschichtlich nicht so belastet sind und uns neue Gedanken machen dürfen! Am ähnlichsten in der Ideenfindung sind uns noch die Holländer, während z.B. die Flamen eigene Wege gehen und bei den Österreichern nur die (eine oder zwei) Fachhochschulen über B/M-Studiengänge nachdenken. Auch in der Profilbildung gibt es unterschiedliche Wege: Von „professional“ versus „academic“ über „research orientated“ versus „non research orientated“ bis zur Nichtanerkennung der Fachhochschulen und eigene Abschlüsse gibt es eigentlich alles – auch da können wir nicht lernen.

Der Akkreditierungsrat arbeitet deshalb an der Erstellung von Referenzrahmen in zwei Feldern:

- Deskriptoren für die *Profilierung eines Studienganges* (gilt für Bachelor und Master) als Hilfe für die Agenturen.
- Deskriptoren für die *Anforderungen an Studierende* zur Erlangung des Abschlusses Bachelor oder Master (unabhängig vom Profil)

Über allem steht das politisch gewollte Prinzip der Durchlässigkeit, wie es in **Bild 3** dargestellt ist, insbesondere soll der Zugang zur Promotion unabhängig vom Profil bei allen Abschlüssen (z.T. auch aus dem Bachelor heraus) möglich sein.



Zugangsvoraussetzungen je nach Hochschultyp unterschiedlich

Bild 3: Durchlässigkeit der Profiltypen

Genau so wichtig ist aber der Einschnitt zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen. Ausgehend von der Vorstellung, dass künftig 70% der Bachelorabsolventen die Hochschule in Richtung Industrie verlassen und nur 30% einen Master anstreben, sind die Zulassungsbedingungen für den Masterstudiengang so scharf zu formulieren, dass nicht einfaches Verweilen an einer Hochschule automatisch zur Erlangung des nächsten Grades führt!

Genau diese beiden Definitionen werde künftig die Chance darstellen, die (meist) forschungsorientierten Universitäten von den (meist) lehrorientierten Fachhochschulen zu unterscheiden. Dies ist aber eine Entscheidung nach aktueller Qualität, nicht nach Institution, und diese Qualität muss bei der Akkreditierung nachgewiesen werden! Bezüglich der Profilbildung fallen mir folgende Stichworte zu nachprüfbareren Deskriptoren ein:

Forschungsorientierte Studiengänge beruhen auf dem Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung. Das Profil und seine Deskriptoren haben sich pragmatisch nach den Bedürfnissen der späteren Abnehmer (z.B. Industrie, Forschungszentren) zu richten und nicht nach vorwiegend akademischen Überlegungen zu Inhalt und Bedeutung von „Anwendung“ oder „Forschung“. Dies stellt Anforderung und liefert Akkreditierungskriterien:

- Die Lehrenden müssen nachweislich forschen
- Die personelle und sachliche Ausstattung für eigenständige Forschung, an denen Studierende partizipieren können, muss über die Einrichtungen für die Lehre hinaus vorhanden sein.

- Die Lehrinhalte sollten über die Fachkompetenz hinaus besonders Methoden- und Systemkompetenz vermitteln, die zu eigenverantwortlicher Forschungstätigkeit auch der Studierenden anregt.

Anwendungsorientierte Studiengänge sollen das Fach- und Methodenwissen für die Lösung berufsspezifischer Frage- und Problemstellungen vermitteln. Dies stellt Anforderungen und liefert Akkreditierungskriterien:

- Die Lehrenden müssen über wirtschaftliche, industrielle oder andere Berufserfahrungen verfügen.
- Die Ausstattungen müssen mindestens die Anforderungen an die Lehre abdecken
- Die Lehrinhalte müssen neben einer wissenschaftlich orientierten Grundlagenausbildung die Anwendung des Wissens für berufsspezifische Fragestellungen beinhalten. Fallstudien erhöhen die Fähigkeit zur exemplarischen Problemlösung.

Die Deskriptoren für die Anforderungen bei Studienabschluss sind durch den Akkreditierungsrat bereits beschrieben. Eine differenzierte Ausgestaltung wäre wünschenswert, da die zur Zeit gängigen Formulierungen sehr viel Interpretationsspielraum beinhalten. Für die Ausgestaltung des Promotionsstudienganges sind entsprechende Deskriptoren unerlässlich und anhängig.

4 Schlussbemerkung

In Beantwortung der eingangs gestellten Frage möchte ich die Schlussfolgerung ziehen, dass die unter sehr seltsamen politischen Argumenten (Spinnerei kann ich bejahen) begonnenen Änderungsbemühungen vor allem infolge des Bologna-Prozesses zur Zeit eine Realisierung erfahren, die unsrem Bildungssystem gut tun wird. Beide „Begleiterscheinungen“, nämlich die europäische Harmonisierung und die gewonnene Autonomie der Hochschulen geben einen Handlungsspielraum, von dem wir vor einigen Jahren noch geträumt haben. Für den Ausweg aus der Bildungskrise kann ich nicht garantieren – die Möglichkeit besteht und sollte angesichts der mühsamen Diskussionen nicht auf den biologischen Abbau der Widerstände warten.

Literatur:

- /1/ Studie zur Einführung von Bachelor- und Masterprogrammen an deutschen Hochschulen. DAAD 2002.

- /2/ Tauch, C. und Rauhvargers, A.: Survey on Master Degrees and Joint Degrees in Europe. European University Association. European Commission . Sept. 2002
- /3/ Proceedings: Joint Quality Initiative. Workshop Sept. 20, 2002. Hilton Hotel Schiphol Amsterdam. Einzusehen über www.jointquality.org
- /4/ Towards Shared Descriptors for Bachelors and Masters. A report from Joint Quality Initiative informal group. 2002
- /5/ Künftige Entwicklung der länder- und hochschulübergreifenden Qualitätssicherung in Deutschland. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1.3.2002
- /6/ Fortschreibung der Strukturvorgaben für die Einführung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 5.3.1999
- /7/ Akkreditierungsrat: Referenzrahmen für Bachelor-/Bakkalaureus und Master-/Magister-Studiengänge. Juli 2001